

Der Gesellschaftler

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Feierstunden“, „Unsere Heimat“, „Die Mode vom Tage“.

Bezugspresse: Beim Bezug in der Stadt bzw. Agenten monatl. RM. 1.50 einchl. 13 bzw. 20 Pfg. Zustellgebühr, beim Bezug durch die Post monatl. RM. 1.40 einchl. 12 Pfg. Postzustellgeb., zusätzl. 36 Pfg. Bestellgeb. Einzelnumm. 10 Pfg. Schriftl. Druck und Verlag: G. W. Zaiser (Inh. R. Zaiser), Nagold



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage: „Haus, Garten und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise: 1 spaltige Bergz.-Zeile ober deren Raum 20 J. Familien-Anzeigen 15 J. Rest-Anzeigen 60 J. Sammel-Anzeigen 50% Aufschlag. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für Inserate, Aufträge und Abrechnungen wird keine Gewähr übernommen

Telegr.-Adresse: Gesellschaftler Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Postk. No. Stuttgart 6118

Nr. 19 Gegründet 1827 Dienstag, den 24. Januar 1933 Fernsprecher Nr. 29 107. Jahrgang

Tagespiegel

Parlamentlich wird mitgeteilt, daß zwischen den Deutschen und der NSDAP, in den letzten Tagen keine weiteren Verhandlungen stattgefunden haben.

König Alexander und Königin Maria von Südslawien sind zum Besuch ihres Schwagers bzw. des Bruders, des Königs Carol von Rumänien, in Sinaia eingetroffen. Der Besuch soll angeblich nur familiären Charakter tragen.

Roosevelt hat die britische Regierung zu Verhandlungen in Washington über die Schuldenfrage Anfang März eingeladen.

In dem vor dem Haager Gerichtshof anhängigen Verfahren im Ostgrönlandkonflikt wurden die Verhandlungen bis zum 1. Februar vertagt.

Nach einer aus Paraguay stammenden Meldung ist das Fort Navano in Gran Caco von 5000 Bolivianern angegriffen worden. Die Paraguayaner hatten in hartnäckigem Kampf das Fort gehalten und dem Gegner beträchtliche Verluste beigebracht.

Die Horst Wessel-Feier

Berlin, 23. Januar. Gestern nachmittag fand die Einweihung des Grab- und Denkmals für Horst Wessel, den Dichter und Komponisten des nationalsozialistischen Kampfliedes, auf dem Nikolai-Friedhof in Berlin statt. Da die kommunistischen Blätter zu tätlichen Angriffen gegen die Feier aufgefordert hatten, hatte die Polizei umfassende Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Die geplanten kommunistischen Gegenkundgebungen, Ansammlungen und Umzüge waren verboten worden. Die ganze Berliner Polizei war in höchste Alarmbereitschaft gesetzt. Nikolai-Friedhof, sowie die angrenzenden Straßen waren in weitem Umkreis abgesperrt, auf dem Bülowplatz war ein Panzerwagen aufgestellt und das kommunistische Karl-Liebknecht-Haus von der Polizei besetzt. Auf den Häuserdächern standen Polizeibeamte in Bereitschaft.

Gegen 12.30 Uhr marschierten dann die ersten Fahnenabteilungen der SA geschlossen zum Nikolai-Friedhof. Am Grab hatten Fahnenabteilungen der Berliner und der Brandenburgischen SA, neben den Feldzeichen mit umflorten Fahnen Aufstellung genommen. Gegen 2 Uhr traf Hitler in Begleitung seines Adjutanten Bräuner, des obersten SA-Führers Röhm, des obersten SS-Führers Himmler, des Reichstagsabgeordneten Dr. Goebbels und anderer Abgeordneten auf dem Friedhof ein. Ferner sah man im Gefolge Hitlers den Prinzen August Wilhelm und General von Epp. Nach der Predigt eines Pfarrers trat Hitler an die Grabstätte, um den Grabstein, einen Granitblock mit einer Bronzefahne, zu weihen. Er gedachte Horst Wessels, der das Horst-Wessel-Lied geschrieben hat, als des Sängers der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung. Es sei jetzt nicht an der Zeit, zu klagen und zu jammern, sondern das Gedächtnis abzulegen, dem Sinn des Liedes nachzufolgen, bis die große Stunde gekommen sei, daß das deutsche Volk aus Schmach und Schande wieder emporsteige. Hierauf sprach ein Vertreter der Korps Normannia und Germania (Wien), der betonte, daß er den Kranz nicht nur im Namen dieser beiden Korporationen, sondern der gesamten deutsch führenden Studentenschaft niederlege. Dann legten Vertreter anderer Organisationen Kränze am Grab nieder. Der Kronprinz ließ durch einen Stahlhelmer einen Kranz niederlegen.

Nach der Beendigung der Feier auf dem Friedhof traten die Jüge dann zum Borbeimarsch am Grabe Horst Wessels an. Röhm nahm von einem Kraftwagen aus am Bülowplatz einige Häuser vom Karl-Liebknecht-Haus entfernt den Borbeimarsch der SA-Formationen entgegen. Dann zogen die Formationen in ihre Quartiere oder zum Sportpalast ab, wo abends eine zweite Gedenkfeier in Anwesenheit Hitlers abgehalten wurde.

Nach dem Polizeibericht wurden von 8 bis 16 Uhr insgesamt 21 Ueberfälle auf Angehörige der NSDAP verübt. Bei den Zusammenstößen erlitten 19 Zivilpersonen leichte Verletzungen. Außerdem wurden drei Polizeibeamte verwundet, und zwar einer lebensgefährlich. In dieser Zeit wurden 19 Jüge der Kommunisten in allen Stadtteilen aufgelöst. 19 Täter konnten bei 11 Ueberfällen auf Nationalsozialisten zwangsgestellt und der Abteilung 1 zugeführt werden. Nach 17 Uhr wurde es dann allgemein wieder still und die Ruhe vollständig wiederhergestellt.

In der Nacht zum Montag wiederholten sich die Zusammenstöße in verschiedenen Stadtteilen.

Dank des Berliner Polizeipräsidenten an die Beamtenschaft

Berlin, 23. Januar. Der Berliner Polizeipräsident hat durch einen Erlaß den Beamten der politischen und Schutzpolizei für ihre pfllichttreue und erfolgreiche Arbeit am Sonntag seinen Dank und seine besondere Anerkennung ausgesprochen: „Die Berliner Polizei hat erneut bewiesen, daß sie pflichtgemäß Erlaubtes schützt und Verbotenes verhindert, nicht aber umgekehrt Erlaubtes verbietet, weil ordnungsfördernde Elemente es zu Werten drohen. Mit solchen fal-

Genug des Zauderns

Aus Berlin wird geschrieben: Seit über drei Wochen ist ein Rätselraten im Gange, ob es der Regierung gelingen werde, Reichstagsauflösung und Neuwahlen durch Schaffung eines festgefügt parlamentarischen Regierungssystems zu vermeiden. In unzähligen Besprechungen sind alle erdenklichen Möglichkeiten erwogen worden. Richtig, daß sich in den zahlreichen Verhandlungen, an denen Reichstagsmitglieder teilgenommen haben, nur in bescheidenem Umfang beteiligt gewesen ist, Ansatzpunkte für eine Zusammenarbeit der gesamten Parteien gegeben haben. Auf jeden Fall sind sie bis heute, bis Ende Januar, nicht genügt worden. Statt dessen hat sich auf das gesamte politische und wirtschaftliche Leben Deutschlands der lähmende Druck einer Ungewißheit gelegt, der allmählich zu einer schweren Gefahr zu werden droht.

Das Rätselraten um die Lösung des innerpolitischen Zustands ist vor allem für die Wirtschaft in weitestem Sinne verhängnisvoll gewesen. Es scheint, daß man in den amtlichen Kreisen völlig übersehen hat, wie sehr der Landwirt, der Handwerker, der kleine Gewerbetreibende, der Kaufmann und der Industrielle dies taktische Spiel fast haben, das hinter den Kulissen um die Regierungsbildung, um Reichstagsauflösung und Neuwahlen gespielt wird.

Auch rasche Neuwahlen erscheinen dem feuerzählenden Staatsbürger im Land solange zwecklos, als sie nicht zu einer entscheidenden Verlagerung des politischen Kräfteverhältnisses führen können. Wenn die Reichsregierung mit ihrer Drohung, das Parlament aufzulösen und beschleunigt wiederwählen zu lassen, unter dem geltenden Wahlrecht Ge-

braucht macht, dann ist nach menschlichem Ermessen eine entscheidende Veränderung im Verhältnis der parlamentarischen Kräfte zueinander so gut wie ausgeschlossen.

Einen politischen Sinn können Februar-Wahlen nur dann haben, wenn es der Regierung gelingen würde, sich bei dieser Gelegenheit eine festgefügte und genügend breite parlamentarische Front zu schaffen, mit der sie imstande wäre, auf die Dauer von mindestens einem Jahr oder mehr ungehindert an die wirtschaftliche und soziale Wiederaufbauarbeit zu gehen. Auch bei denkbar günstigstem Verlauf von Neuwahlen scheint das aber völlig ausgeschlossen.

Warum also weist man in der Reichskanzlei die Idee des Staatsnotstands so weit von sich? Daß der Notstand wirtschaftlich und politisch seit Jahren da ist, dafür kann Herr von Schleicher sich bei jedem Beamten, bei jedem Handwerker, bei jedem Industrieführer und vollends bei der Landwirtschaft die Befähigung holen. Es kommt nur darauf an, aus dem bestehenden Zustand die praktischen Folgerungen zu ziehen. Herr von Schleicher, jahrelang im Hintergrund der deutschen Innenpolitik, kam vor sechs Wochen in die Reichskanzlei als der „Mann, der weiß, was er will“. Man rühmt ihm nach, daß er ein gewandter Taktiker sei und seltene Nerven habe. Man sagt von ihm, daß er politische Gelegenheiten zur rechten Zeit zu nützen wisse. Wartet er heute darauf, Parteien und Parlament in gegebenen Zeitpunkt überspielen zu können? Die Deffektivität ist — darüber darf sich Herr von Schleicher nicht im unklaren sein — zweifelnd geworden.

hen Verfahren würde sich die Polizei zwar für den Augenblick ihre Sache leicht machen, auf die Dauer aber der Staatsautorität schaden.“

Die Kommunisten wollen nunmehr eine „antifaschistische Werbewoche“ veranstalten, als deren Auftakt eine Kundgebung im Lustgarten am nächsten Dienstag veranstaltet werde. Sie teilen mit, daß auf ihrer Seite ein Toter und ein Schwerverletzter zu beklagen seien. Der Polizei ist davon nichts bekannt. Offenbar handelt es sich dabei um zwei kommunistische Kundgeber, die bei einem schweren Zusammenstoß mit der Polizei in der Gormannstraße verletzt und von ihren Begleitern bei der Flucht mitgenommen wurden.

Der „Vorwärts“ ruft unter dem Leitwort „Berlin bleibt rot“ zu einer sozialdemokratischen Massenkundgebung am Sonntag, den 29. Januar, auf, um „gegen die Provokationspolitik der Regierung, gegen den Mißbilligungsstand der Millionenangehörigen an die Junker, für Demokratie und Sozialismus, für die Einheit der Arbeiterklasse zu demonstrieren“.

Zusammenstöße

Köln, 23. Jan. Gestern nachmittag wurden verschiedentlich Umzüge der Kommunisten veranstaltet. Als ein Zug in der Venlostraße sich in Bekämpfungen der Regierung erging, schritt die Polizei ein. Der Aufbruch wurde Widerstand entgegengesetzt, die Polizei wurde mit Steinen und Bricketts beworfen und beschossen, so daß sie selbst von der Schutzmaske Gebrauch machen mußte. Diese Vorgänge wiederholten sich später noch zweimal in anderen Straßen. Zwei Polizeibeamte wurden schwer, von den Anwesenden wurden acht Personen verletzt, davon drei tödlich.

Dortmund, 23. Januar. Bei einem nationalsozialistischen Borbeimarsch kam es gestern zu mehrfachen Zusammenstößen mit Kommunisten, wobei es verschiedene Verletzte gab. Der Borbeimarsch war von fast tausend Polizeibeamten zu Fuß, zu Pferd und in Kraftwagen begleitet, sonst wäre es zu einer schweren Straßenkämpfe gekommen.

Kommunistische Ausschreitungen in Augsburg

Augsburg, 23. Jan. In der Werlach-Vorstadt versammelten sich am Sonntag trotz des Umzugsverbots Kommunisten, die durch die Straßen zogen. Als dem Zug Polizei entgegentrat, die die Menge mit Gummihüpfeln zerstreuen wollte, kam es zu Angriffen auf die Polizei, so daß das Ueberfallkommando aufgerufen werden mußte. Später sammelten sich immer wieder kleinere Truppen an. Erst in der Nacht konnte die Ruhe vollständig wiederhergestellt werden. 40 Personen wurden festgenommen.

Wieder Abrüstungskonferenz

Genf, 23. Januar. Der neue Tagungsabschnitt der Abrüstungskonferenz begann heute nachmittag mit einer Sitzung des Büros, d. h. des Präsidiums, dem außer dem englischen Präsidenten Henderson, dem Vizepräsidenten Politis (Griechen) und dem Generalberichterstatter Dr. Benesch (Tschechoslowakei) die Vertreter der sieben Großmächte und einer Anzahl kleinerer Mächte angehören. Es handelt sich darum, die Tagesordnung des Hauptausschusses festzusetzen, der am 31. Januar zusammenzutreten und endlich die so oft unterbrochenen und schließlich ganz-

zum Stillstand gekommenen sachlichen Beratungen wieder aufnehmen soll. Dazu wird halbamtlich von Seiten der Reichsregierung mitgeteilt:

Die achtstägige Frist, die dieser öffentlichen Sitzung der Konferenz noch vorangehen soll, zeigt, daß man ihre eingehende Vorbereitung durch Besprechungen zwischen den nunmehr in Genf anwesenden Vertretern der Hauptbeteiligten für unbedingt notwendig hielt. Wenn in den letzten Wochen von einer neuen Fünfmächtekonferenz gesprochen und diese Ankündigung von anderer Seite bestritten worden ist, so haben alle diese Vermutungen den berechtigten Kern, daß zwar keine amtliche Konferenz, wohl aber eine ständige vertrauliche Fühlungsnahme der fünf an der Erklärung vom 11. Dezember beteiligten Mächte, sowie Japans und der Sowjetunion notwendig sein wird, wenn die öffentlichen Sitzungen der Konferenz ergebnisreich verlaufen sollen. Tüher den in der Sache selbst liegenden Schwierigkeiten, sind auch nach der grundsätzlichen Anerkennung der Gleichberechtigung Deutschlands die politischen Gegensätze auf der Konferenz sehr groß. Der französische Sicherheitsplan, der möglichst bald erörtert werden soll, wird sie bereits voll in die Erscheinung treten lassen; daß die praktische Durchführung der Gleichberechtigung Schritt für Schritt gegen die Sabotageversuche wird erklämpft werden müssen, ergibt sich schon aus gewissen Pariser Ausgestaltungsstadien und nicht zuletzt aus den jüngsten französischen Quartierbetrieben in der Frage der entmilitarisierten Rheinlandzone.

Neue Nachrichten

Schleicher beim Reichspräsidenten

Berlin, 23. Jan. Der Herr Reichspräsident empfing heute vormittag Herrn Reichskanzler v. Schleicher zum Vortrag über die politische Lage und den Stand des Arbeitsbeschaffungsprogramms.

Volksentscheid über das Danziger Ermächtigungsgesetz

Danzig, 23. Jan. Nachdem der Senat der vom Volkstag beschlossenen Gesetzesvorlage zur Abänderung des Ermächtigungsgesetzes vom 28. Juni 1932 nicht zugestimmt hat und der Volkstag in der erneuten Sitzung vom 21. Dezember 1932 bei seinem Beschluß verblieben ist, hat der Senat beschlossen, diese Gesetzesvorlage zum Volksentscheid zu stellen. Gegenstand des Volksentscheids ist die Frage, ob die vom Volkstag angenommene Gesetzesvorlage zur Abänderung des Ermächtigungsgesetzes vom 28. Juni 1932 Gesetz werden soll.

Die Thüringer Kirchenwahlen

Weimar, 23. Januar. Bei den gestrigen Wahlen zum Landeskirchentag wurden nach vorläufiger Zählung Stimmen abgegeben für Deutsche Christen mit nationalsozialistischem Programm 67 750 (15 Sitze, bisher 3), Christl. Volksbund 46 953 (11 bzw. 21), Thüringischer Volkskirchentag 44 065 (10 bzw. 21), Einigungsbund für reformistisches Kirchentum 39 092 (8 bzw. 13), Religiöse Sozialisten 29 628 (7 bzw. 7), Christlich-deutsche Einheitsliste 1615 (0). Zusammen jetzt 51 Mandate gegen bisher 65. Dazu kommen noch Vertreter der Körperschaften. Außerdem hat der Landeskirchentag nach einer neuen Bestimmung das Recht, drei weitere Persönlichkeiten, auf deren Mitarbeit er besonderen

n Vögel!



Wert legt, zuzuwählen. — Die Wahlbeteiligung war sehr schwach, sie betrug etwa 228 000 Stimmen, ist aber immerhin um rund 16 v. H. gegenüber den vorigen Wahlen von 1926 mit nur 189 061 Stimmen gestiegen.

Unsinntiges Unternehmen

Brünn, 23. Januar. In der Nacht zum Sonntag früh nach 1 Uhr versuchten etwa 50 junge Leute unter Führung eines als überspannt bekannten Referentenoberleutnants namens Kobzinek die Kaserne des 43. Infanterieregiments in Brünn zu überrumpeln. Es gelang ihnen, die Wache zu entwerfen, dann aber wurden sie rasch überwunden, nachdem einer erschossen und zwei Arbeitslose verwundet waren; einem derselben mußte ein Bein abgenommen werden. Die meisten wurden verhaftet, die übrigen sowie natürlich Kobzinek, der die Leute zu der Tollheit überredet hatte, entflohen. Zwei Soldaten wurden schwer verletzt.

Im Zusammenhang mit diesem Ueberfall wurde in Saftin in der Skopwie in der Nacht zum Montag der ehemalige General der tschechoslowakischen Wehrmacht, Rudolf Sedla, der Führer der tschechoslowakischen Faschistenbewegung, verhaftet. Er soll von dem Plane Kobzineks Kenntnis haben.

Vor schwierigen Verhandlungen

London, 23. Januar. Die „Times“ schreibt, wenn Roosevelt als Vorbedingung für eine neue Schuldenregelung u. a. die Aufhebung Englands verlangt, daß es (binnen zwei Jahren) zur Goldwährung zurückkehre, so bedeute das einen gefährlichen Verlust, eine Krankheitserkrankung hat der Krankheit selbst beizufügen zu wollen. Die „Morningpost“ meint, es wäre tief bedauerlich, wenn Roosevelt bei den bevorstehenden Verhandlungen die Währungsfrage zum Gegenstand eines Landshandels machen würde. Die Verhandlungen werden jedenfalls sehr schwierig werden.

Herriot für Verständigung

Paris, 23. Jan. Herriot erklärte einem Zeitungsmann gegenüber, die Bezahlung der an Amerika fälligen Summe am 15. Dezember wäre rechtlich wie tatsächlich das beste Mittel gewesen, die guten Beziehungen zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten aufrechtzuerhalten und die Neuregelung der Schuldverträge in voller Uebereinstimmung mit England vorzubereiten. Der Verlauf der Verhandlungen zwischen Amerika und England gebe ihm recht. Er sei für enge Verständigung zwischen Frankreich, England und Amerika.

Württemberg

Stuttgart, 23. Januar

Um die Elektrifizierungspläne. — Gemeinsamer Vorstoß von Württemberg und Baden. In den nächsten Tagen werden der württembergische Wirtschaftsminister und der badische Finanzminister zusammenkommen, um einen neuen Bericht der beiden Länder in der Frage der Eisenbahn-Elektrifizierung in Württemberg und Baden zu unternehmen. Wie man sich in Baden die Sache denkt, zeigt ein Artikel des Eisenbahnsachmanns Dr. Geber im „Karlsruher Tagblatt“, der zu dem Schluss kommt, daß die Reichsbahnlinie Mannheim-Karlsruhe-Freiburg-Basel verkehrspolitisch viel wichtiger sei als die Verbindung Stuttgart-Karlsruhe. Im Interesse der Erhaltung des internationalen Verkehrs sei es dringend notwendig, die Strecke Mannheim-Freiburg-Basel so rasch wie möglich dem elektrischen Betrieb zuzuführen und im Anschluß daran die für Baden wichtigeren Gebirgsbahnen (Höllentalbahn und Schwarzwaldbahn) zu elektrifizieren.

Sicherung von Ruhe und Ordnung. Der von kommunistischer Seite am Sonntag geplante Hungermarsch war vom Polizeipräsidenten verboten worden. Man rechnete mit Verwüsten, das Verbot zu umgehen. Deshalb war, wie die Süddeutsche Arbeiterzeitung berichtet, am Sonntag der gesamte Polizeiparapparat aufgebotsen und ein Polizeizugel um Stuttgart herum gezogen, der das Einmarschieren von Demonstrationszügen in die Stadt verhindern sollte. In allen Zugangsstraßen, selbst Feldwegen, standen Polizeioptionen und an den Hauptverkehrsstraßen wurden Autos angeschlossen.

Der Tod auf Hohenfried

Roman von Kurt Martin

Alle Rechte vorbehalten — Nachdruck verboten Copyright by Verlag „Neues Leben“, Bayr. Gmain

Da sprang der Staatsanwalt auf. „Ich widerspreche dem Herrn Verteidiger voll und ganz! Er legt diesem Tod des Zeugen Müller eine Bedeutung bei, die durch nichts, aber auch gar nichts gerechtfertigt ist! Wir wissen nicht, welche privaten Angelegenheiten den Zeugen Müller in den Tod trieben. Aber mit der Ermordung Joachim Gerdahls hat dieser Selbstmord doch sicherlich nichts zu tun! Und was den sonderbaren Brief anbelangt, so kann ihn der Zeuge Müller ja nur zu dem Zweck geschrieben haben, um dem Angeklagten Mut zuzusprechen. Vielleicht hat er auch irgendeinen scheinbaren Unschuldbeweis des Angeklagten entdeckt und mußte sich im letzten Augenblick, als er den Brief schon abgehandelt hatte, davon überzeugen, daß ein Verbrechen seinerseits vorlag, daß es ihm nicht möglich sein würde, irgend etwas für die Unschuld des Angeklagten vorzubringen. Darüber verzweifelte er vielleicht, und er wollte heute nicht hilflos hier stehen und eingestehen, daß er sich getrennt habe. — Mit der Verhandlung hat die ganze Angelegenheit nichts zu tun! Ich beantrage deshalb, das Verlangen des Herrn Verteidigers abzuweisen und die Verhandlung fortzusetzen!“

Die Geschworenen flüsternten eifrig miteinander. Im Publikum aber hielt man nicht mehr zurück. Man besprach ganz laut das Fröhliche und Bittere. Erregte Stimmen verfolgten ihre Ansicht, und die einen waren für Vertagung, die anderen für Fortsetzung der Verhandlung.

Landgerichtsdirektor Hörner besprach sich mit den Beisitzern.

Endlich erhob er sich und erklärte: „Der Gerichtshof zieht sich zu einer Beratung, die Anträge des Herrn Verteidigers und des Herrn Staatsanwalts betreffend, zurück.“

Als die Richter den Saal verlassen hatten, traten die Menschen in erregten Gruppen zusammen.

ten, Radfahrer und selbst Fußgänger durchsucht. Auf den Fildern trat berittene Polizei in Lüttelfeld. In verschiedenen Stadtbezirken Stuttgarts und umliegenden Orten (z. B. Feuerbach und Heilbach) kam es zu Kundgebungen, gegen die aber die Polizei einschritt. Demonstrierende Erwerbslose von Ludwigsburg gelangten trotz der Abperrungsmassnahmen bis nach Stuttgart. Ein Auto mit Erwerbslosen von Göppingen wurde auf der Fahrt nach Stuttgart beschlagnahmt, ein Teil der Erwerbslosen verhaftet. Auch an anderen Orten wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. In Calw fand trotz Verbots schon am Samstagabend eine Kundgebung statt. Die Polizei löste sie auf.

Stuttgart, 23. Januar. Zur Herabsetzung der Altersgrenze. Es wird uns geschrieben: Von den württ. Aefforenvereinigungen wurde eine Erhebung angefaßt, die 765, d. h. sämtliche Aefforen umfaßt. Von diesen umständigen höheren Beamten sind 80 (10,4 v. H.) 35 und mehr Jahre alt, also fast alle noch Kriegsteilnehmer; 356 (47 v. H.) sind 30 und mehr Jahre alt, auch unter ihnen befinden sich noch Kriegsteilnehmer; 45 (5,8 v. H.) haben schon zehn und mehr Dienstjahre, 289 (37 v. H.) haben fünf und mehr Dienstjahre. Auf halben Stellen sind 145 Aefforen (18,9 v. H.). Nimmt man hinzu, daß von 107 Gewerbe-Aefforen nur 12, von 99 Handelschul-Aefforen nur 23, von 60 Fort-Aefforen nur 26 voll angesetzt sind, ferner, daß von 449 Studien-Aefforen 107, von den Fort-Aefforen 20, von den Gewerbe-Aefforen 25 nicht verwendet sind, so ergibt sich deutlich die Notlage der umständigen höheren Beamenschaft und die Verpflichtung der maßgebenden Kreise, ihr wenigstens zu einem Teil durch die Herabsetzung der Altersgrenze auf das 65. Lebensjahr abzuhelfen. Es ist sicher, daß die Herabsetzung der Altersgrenze für die betroffenen älteren Kollegen wie für den Staat ein Opfer bedeutet, es darf aber doch wohl ausgesprochen werden, daß die Jugend, die nun seit 1914 jeweils am härtesten mitgenommen wurde und die unter immer schwerer werdenden Bedingungen und Entbehrungen sich den Eintritt in Arbeit und Beruf erkämpfen mußte und muß, auch einmal ein Verdienst auf ein derartiges Opfer hat.

Niobe-Spende. Durch eine Sammlung im Kreis seiner Kameraden hat der Bund Königin Luise in Baden und Württemberg eine Spende von 19 000 Mark für die Erbauung „Niobe“ zusammengedrückt und dem Vorstand des Arbeitsausschusses, Admiral a. D. Bauer, gesandt.

Canstatt, 23. Jan. 70. Geburtstag. Der Senior der Canstatter Ärzte, Dr. Baerl, beging am Samstag seinen 70. Geburtstag. Seit 20 Jahren ist Dr. Baerl leitender Arzt des Samaritervereins Canstatt. Der Canstatter ärztliche Verein ernannte ihn zu seinem Ehrenmitglied.



Feinde im Weltkrieg — Freunde heute

In Neunort haben jetzt zwei Männer Freundschaft geschlossen, die sich im Kriege als Feinde gegenüberstanden hatten: der Amerikaner Eisd und der Deutsche Heinrich Kühler. Dieser war vor Verdan von dem Amerikaner gefangen genommen worden, hat jedoch zufällig seinen Feind wiedergetroffen und mit ihm Freundschaft geschlossen.

Esslingen, 23. Jan. Bad im Refektor. Ein ungewöhnliches Bild bot sich gestern vormittag dem Spaziergänger. Während sich auf dem Refektor beim Staumerl Oberehlingen die Eisläufer tummelten, nahm keine zehn Schritt davon im offenen Refektor ein Unentwegter sein gewohntes Bad bei 7 Grad Kälte. Er schwamm einige Minuten in dem kalten Nass.

Ludwigsburg, 23. Jan. Zwischenfälle bei einer Kundgebung der Eisernen Front. Die Kampfleitung der Eisernen Front und ihre an sie angeschlossenen Gruppen und Formationen veranstalteten am Sonntag einen Umzug durch die Straßen der Stadt und als Abschluss auf dem Marktplatz eine Kundgebung. Dabei kam es an verschiedenen Stellen, so z. B. auf dem Reithausplatz, in der Nähe der Bahnhofspost und des Arsenal, und in der Umgebung des Marktplatzes zu Zwischenfällen. Bei der Hauptpost sprangen etwa 60 uniformierte Reichsbannerleute aus dem Demonstrationszug heraus und gerieten mit politisch Andersdenkenden in eine Schlägerei. Weitere Zwischenfälle wurden durch das Einschreiten der Polizeibeamten unmöglich gemacht.

Kornwestheim, 23. Januar. Amtsverweigerung für Kornwestheim. Die Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung hat den Regierungsdirektor Kercher-Vonberg zum Amtsverweiger von Kornwestheim bestellt. Dem Vernehmen nach wird Kercher sein neues Amt am 15. Februar antreten.

Tübingen, 23. Januar. Von der Landesuniversität. Dem Vernehmen nach soll an den Tübinger Chirurg Prof. Dr. Kirchner nunmehr ein zweiter Ruf ergehen, und zwar auf den Breslauer Lehrstuhl für Chirurgie. Es sind auch die Verhandlungen mit dem Badischen Kultusministerium, das Kirchner vor längerer Zeit an die Universität Heidelberg berief, noch nicht zum Abschluss gebracht, so daß zu befürchten ist, daß Prof. Kirchner einem dieser Rufe Folge leisten und die Universität Tübingen einen schweren Verlust erleiden wird.

Ulm, 23. Jan. Ein Festungsmuseum. Im kommenden Frühjahr soll eine hochinteressante Schauausstellung geschaffen werden. In mühevoller emsiger Arbeit werden Pläne, Zeichnungen und Ansichten der Befestigung Ulms in früheren Zeiten, so wie sie im Ulmer Bezirk zu finden sind, zusammengestellt unter besonderer Benützung der festungsgeschichtlichen Entwicklung im Verlauf des 19. Jahrhunderts. Chronologisch geordnet werden Wälle, Geschütze, Uniformen usw. von ehemaligen Ulmer Truppteilen zusammengetragen. Nach Ansicht von Professor Dr. Baum, der der geistige Vater des neu zu schaffenden sogenannten Festungsmuseums ist, soll die Sammlung sich auf die Zeit vom Mittelalter bis zur Gegenwart erstrecken. In Betracht kommen auch alle Arten von militärischen und Kriegsgedenken, die in ursächlichem Zusammenhang mit der Festungsgeschichte Ulms und der ehemaligen Ulmer Truppteile stehen. Als Ausstellungsraum ist das historische ehemalige Kornhaus vorgesehen.

Ulm, 23. Januar. Terrazzofurs an der Stadt-Gewerbeschule. Dieser Tage wurde der fünfte Terrazzofurs an der Stadt-Gewerbeschule als Laaeskurs eröffnet. Trotz der schlechten Wirtschaftslage waren die Anmeldungen größer, als Werkstättenplätze vorhanden sind. Die Teilnehmerzahl beträgt 27, davon aus Württemberg 6, aus Bayern 5, aus Sachsen 2, aus Ostpreußen, Westpreußen und Schlesien je 1, aus dem Rheinland 4, aus der Schweiz, der Tschechoslowakei und Holland je 1 und der Rest aus Mitteldeutschland. Außer Ulm finden die Kurse für Deutschland nur noch in Berlin statt.

Langenau O. L. Ulm, 23. Jan. Langenau gegen die Landeswasserwerkverfugung. Die Finanzlage der Stadt ist nach dem Jahresbericht des Stadtvorstandes nicht besorgniserregend, weil die Gemeinde nicht mit den großen Ausfällen wie Badbesitzer-Gemeinden oder Industriegegend rechnen muß. Mit dem Grundstücksrisiko aus den Verkäufen an die Landeswasserwerkverfugung ist der größte Teil der Schulden der Stadt Langenau abbezahlt worden. Die Stadt hat an die Regierung das Ansuchen gestellt, weiteren Wasserentzug aus der Donauumleitung zum Ausbau der Landeswasserwerkverfugung zu verhindern. Der Landeswasserwerkverfugung wird eine Ausnutzung z. B. der Egauquelle empfohlen.

Qual, hier als Zeugin aufzutreten zu müssen, Dinge sagen zu müssen, die ihn noch mehr belassen. — Aber müssen wir nicht bei der Wahrheit bleiben? — Wäre ich, doch nie nach Hohenfried gekommen!“

Die Tür zum Richterzimmer öffnete sich. Der Gerichtshof erschien. Da war es mit einem Schlage still. Voll gespannter Erwartung hingen aller Augen an den Lippen des Vorsitzenden.

Landgerichtsdirektor Hörner sprach: „Das Gericht hat dem Antrag des Herrn Verteidigers stattgegeben. Die Verhandlung wird abgebrochen und auf unbestimmte Zeit vertagt.“

2. Im Chefzimmer der Polizeidirektion stand Kriminalinspektor Stein seinem Vorgesetzten gegenüber. Der sah ihn ernst an.

„Eine unangenehme Sache! Die Verhandlung gegen Albert Gerdahlen vertagt! — Das Gericht legt also dem Selbstmord dieses Otto Müller erhebliche Bedeutung bei. Wir sollen sofort die Untersuchung aufnehmen. Inspektor Kommer, der den Fall Gerdahlen bearbeitete, ist leider auf Urlaub. Es wäre nämlich am einfachsten, wenn er auch diese Selbstmordgeschichte übernehmen würde, weil er den ganzen Fall Gerdahlen von Anfang an kennt. Da das aber eben nicht geht, will ich Ihnen diese Untersuchung übertragen. Sie haben derzeit keinen schweren Fall vorliegen. Also nehmen Sie sich der Sache an! — Ich weiß, daß die Klärung der Schwedenfrage bei Ihnen in den besten Händen liegt.“ Der Kriminalinspektor besprach mit seinem Chef noch einige wichtige Punkte. Dann verließ er dessen Zimmer. Er nahm zwei tüchtige Kriminalschutzleute mit und fuhr im Auto nach Langenau.

Bald hatten sie die Stadt hinter sich.

Felder dehnten sich. In der Ferne winkte ein spitzer Kirchturm. Dort lag Langenau. Ein lichtblauer, wolkenloser Himmel wölbte sich über der herrlichen Landschaft. Rechts drüben stiegen Höhen nach Hohenfried empor. — All die Fluren gehörten zum Bestium Joachim Gerdahls. — Und waren jetzt herrlos; denn der, der hier Herr sein sollte nach dem Willen des Toten, sah, des Mordes beschuldigt, im Gefängnis. —

(Fortsetzung folgt.)

Grenzausgleich zwischen Württemberg und Bayern. In der letzten Gemeinderatsitzung... meißter Stolle, dargestellt von der altbewährten Kraft... Erdstrahlen... Oberrachungsrat Steiner von Stuttgart, der sich schon viele Jahre als Rutenführer betätigt...

Münchingen, 23. Jan. 2300 Mark verloren. Ein Viehhändler kaufte letzte Woche etwa 14 Stück Groß- und Kleinvieh... Letztgenannt, 22. Jan. Guter Erfolg einer Briefkaube. Am Donnerstag vorm. 11 Uhr ließ der hiesige Briefkastenwärter...

Friedrichshafen, 23. Januar. Flugkapitän Wagner. Der Chefpilot der Dornier-Metalbauern, Richard Wagner, ist vom Reichsverband der Deutschen Luftfahrt-Industrie zu deren Flugkapitän ernannt worden... Wegen Grippe nur eine Briefaufstellung. Am Montag mußte infolge zahlreicher Grippeerkrankungen...

Aus Stadt und Land

Nagold, den 24. Januar 1933. Derjenige Tag ist ganz und gar verloren, an dem man nicht gelacht hat.

Amliche Dienstnachrichten

Verfekt: Oberrachungsrat Bolan beim Justizministerium als Bezirksnotar der Gr. 5 an das Bezirksnotariat Interlathen und Bezirksnotar Schorp in Wiefelshausen an das Bezirksnotariat Geisingen.

„Das Fräulein vom Amt“

gehört ab heute mittag 12 Uhr in Nagold der Vergangenheit an. Es begegnet und dem Abnehmen des Hörsers keine angenehme Frauensimme mehr — oder war sie manchmal unangenehm? Zu Ehren der „Damen vom Amt“ sei gesagt, daß dies nicht der Fall war, die Teilnehmer sind glänzend mit ihnen...

Vom Gewerbeverein

Gleichsam zu einem Familienabend, als auch zu einer allerdings etwas reichlich späterer Schlusfeier der im letzten Sommer gestiegenen Bezirks-Gewerbe-Ausstellung hatte der Gewerbeverein Nagold seine Mitglieder und beinahe alle Damen (!), so daß der Saal allmählich gefüllt war. Nach einigen schneidigen Märchen der Streich-Abteilung der Stadtkapelle und einem von Frä. Gretel Veit vorgetragenem Gedicht „Vaterlandslied“ ergriff der Vorstand...

Baumwarte-Versammlung

Am Sonntag den 22. Jan. trafen sich die Baumwarte des Bezirks zur auf besuchten Generalversammlung ihres Vereins im Löwen in Nagold. Neben dem Kassen- und Geschäftsbericht wurden mancherlei Berufs- und Organisationsfragen besprochen u. a. geeignete Schädlinablämpfung, unregelmäßiger Baumbandel, neues Nachbarschaftsgesetz.

Versammlung der Freien Bez.-Bäckerinnung Nagold

Wie alljährlich, so hat auch heute wieder die Bäckerinnung ihre Mitglieder zu einer Generalversammlung in die Waldlust einberufen. Von 47 Mitgliedern waren 41 anwesend, gewiss ein Zeichen dafür, daß die Mitglieder ein reges Interesse an ihrer Organisation haben. Neben vielen beruflichen Angelegenheiten, wurde besonders auch darüber Klage geführt, daß in letzter Zeit öfter beobachtet wurde wie Hausierer und Hausiererinnen in Brot- und Feigwaren von answärts kommen um hier Absatz zu finden.

Nagoldtalbahnausschuss

Unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Gündert finden am 31. Januar 1933 in Delsheim eine Ausschußsitzung des Bürom. u. Engländerverbandes u. am 4. Februar 1933 im Rathaus in Forstheim eine Sitzung des Nagoldtalbahnausschusses statt.

Reichsbauarbeiten für Eigenheime

Bei der Landeskreditanstalt sind so viele Anträge auf Reichsbauarbeiten eingegangen, daß zu ihrer Beirichtung die dem Land Württemberg vom Reich zur Verfügung gestellten Mittel bei weitem nicht ausreichen. Die Landeskreditanstalt wird daher Anträge auf Gewährung von Reichsbauarbeiten nur noch bis 31. Januar 1933 entgegennehmen; später vorgelegte Anträge müssen ohne weitere Prüfung zurückgegeben werden.

Männerchorchorzug des Seminars

Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 4.30 Uhr im Löwenjagd. Auf dem Programm stehen drei größere Chöre von Ritz, Schubert und Emil Kaufmann, ferner sechs Volkslieder von Friedrich Sieder u. a. Unter einheimischer Führung Kurt Hoffmann wird uns mit Liebern von schwäbischen Komponisten und von Franz Schubert erfreuen. Die Preise sind in Anbetracht der heutigen Lage niedriger gehalten. Vereine erhalten Ermäßigung.

Ausbildung von Haushaltpflegerinnen

Zwischen dem preussischen und dem württembergischen Kultusministerium ist ein Abkommen getroffen worden, wonach die in Württemberg nach den Bestimmungen über die Ausbildung, Prüfung und staatliche Anerkennung städtischer Haushaltpflegerinnen ausgebildeten Mädchen als gleichberechtigt mit den nach den preussischen Vorschriften über die staatliche Prüfung für Haushaltpflegerinnen ausgebildeten Mädchen anerkannt werden.

Koblenz, 23. Jan. Die Wasserversorgung der Gemeinde ist zur neuesten Sorgenfrage geworden. Im letzten Sommer hat die Wasserknappheit sich öfters bemerkbar gemacht. Damals, 1907 als die Wasserleitung gebaut wurde, zählte die Gemeinde 615 Einwohner. Inzwischen ist die Einwohnerzahl auf etwas über 700 gestiegen. Die damals westlich und östlich (Berg und Hochwiesen) gelegenen Quellen, die im Mühlbühl liegen, liefern erfahrungsmäßig in ihrer Wasserausfütterung mit den Jahren nach. Wird hierbei noch eingerechnet, daß die Gemeinde an Ausdehnung zugenommen und ebenso die Vergrößerung der gewerblichen Betriebe, daß weiter auch in den privaten Haushaltungen der Wasserverbrauch größer geworden ist als einst, so ist der zeitweilige Wassermangel verständlich.

Calw, 23. Jan. Prälat D. Dr. Schoell in Calw. Anlässlich der Wiederbesetzung der erledigten Defonatsstelle weihte am Sonntag Prälat Dr. Schoell in unserer Stadt. Nach dem Vormittags-Gottesdienst wobei der geistvolle Redner die Predigt hielt, verammelte der Oberhirt des Rottlinger Sprengels den Kirchengemeinderat in der Sakristei um sich, um die Wünsche der Gemeinde bei der Wiederbesetzung der Stelle entgegenzunehmen.

Sirau, 23. Jan. Richtig ist. Seit einer Reihe von Jahren besteht der Wunsch nach einer Turnhalle. Der Vorstand des Turnvereins, Volzweilmeister Proh, nahm sich der Sache energisch an, und so waren die modernen Turner in den letzten Monaten eifrig an der Arbeit, das Fundament zu einer Turnhalle zu legen. Richtig ging die Arbeit voran, in den letzten Tagen wurde aufgeschlagen und am Freitag konnte in fröhlicher Weise das Richtfest unter Anteilnahme der Einwohnerschaft und der Schuljugend gefeiert werden.

Freudenstadt, 23. Jan. Gusti Körner tot. Wenn auch niemand ganz zu eigen, so hat sie doch uns allen gehört — die Gusti, die immer heitere, mit ihrem köstlichen scheinbar nie verjagten wolkenden Humor. Nun ist ihr die Arbeit, die Sorge um ihr Alter ganz saute aus den Händen genommen worden und ein vom Leben bunt durchwirbeltes Schicksal ist damit erfüllt. Ihre Sehnacht, neben der Mutter begraben zu sein, wird nun in diesen Tagen in Erfüllung gehen. Die, die ihr nahe, werden ihr immer getreue gedenken.

Freudenstadt, 23. Januar. Todesfall. Geherrn nachmittags ist im Bezirkskrankenhaus Missionar Friedrich Fischer, der langjährige Verwalter und Hauswart des Ev. Erholungsheims Freudenstadt, im 61. Lebensjahr gestorben. Der Entschlafene, früher Missionar in Afrika, hatte zwölf Jahre lang die Leitung des Hauses in Händen. Weitere Beitragserhebung der Allg. Ortskrankenkasse. Dank dem außerordentlich günstigen Krankenstand war es möglich, ab 1. Februar d. J. eine weitere beträchtliche Beitragserhebung einzutreiben zu lassen, nämlich von 6,25 auf 5,5 Prozent, nachdem bereits ab 1. Oktober 1932 eine Beitragsermäßigung um 0,5 Proz. eingetreten war.

Gerichtssaal

Große Strafkammer Tübingen. Die Große Strafkammer Tübingen, die Ersteninstanz des erweiterten Schöffengerichts hatte sich in ihrer Vormittags-Sitzung mit dem 1904 in Ehlingen geborenen Verwaltungspraktikanten Carl Rejger, der Frühjahr 1931 zum Bürgermeister in Bernbach gewählt worden war, wegen Amtsunterschlagung u. a. zu beschäftigen. Rejger ist seit 1. April 1932 in Haft, nach Entdeckung seiner Verfehlungen suchte er in den fremden Ländern zu fliehen, in Appenweier in den Dien erworbenen Reich, lehrte zurück und stellte sich freiwillig der Strafbehörde. In der Absicht, auch die letzte Spur seiner Person zu verwischen, hat er, zwei an ihn als Bürgermeister gerichtete Briefe, die ihm am letzten Tage zugegangen, in Appenweier in den Dien erworbenen und verbrannt. Ihm legt die Oberstaatsanwaltschaft eine Reihe von Verfehlungen ins Schuldonto, die er auch alle eingesteht. Das Urteil lautet; Rejger wird wegen zwei Vergehen des Betrugs, drei Vergehen der Unterschlagung, ein Vergehen der erschwerenden Amtsunterschlagung, Manzettelschlagung und Verkündungsverweigerung zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt, woran 9 Monate 15 Tage, ein Teil der erlittenen Unterhüftungszeit abgehen, weil er geflüchtet war und die Voruntersuchung ziemlich erleichterte. Dem Antrag seines Verteidigers auf Entlassung hat die Strafkammer nicht stattgegeben.

Letzte Nachrichten

Koblener Schiffsbrücke eingefahren. Koblenz, 23. Jan. Im Laufe des Montag hat das Teibeis auf dem Rhein so stark zugenommen, daß in den Abendstunden die Koblener Schiffsbrücke in den Winterhafen gefahren werden mußte. Die Winterhäfen haben Vorkehrungen für schmelzende Schiffe getroffen. Die Motoren sind so dick mit Eis beschlagen, daß mit dem Zufrieren des Flusses bei Van (oberhalb Koblenz) gerechnet werden muß. Der Schleppeverkehr ist merklich zurückgegangen, was auch auf den niedrigen Wasserstand zurückzuführen ist.

Schließung sämtlicher Dortmunder Volksschulen wegen Grippe. Dortmund, 23. Jan. Wegen der Häufung von Erkrankungen an Grippe sind die Volksschulen in Dortmund bis zum 31. Januar geschlossen worden. Am Montag sind durchschnittlich 40 Prozent aller Schulkinder dem Unterricht ferngeblieben.

Die Monarchenbegegnung in Sinaia. Salarej, 23. Jan. König Alexander und Königin Maria von Südslawien sind Montag mittag in Begleitung des Außenministers Tschitcha hier eingetroffen. Sie wurden am Bahnhof vom König Carol, vom Prinzen Michael, sowie vom rumänischen Außenminister und dem Kriegsminister begrüßt.

Ein britischer Dampfer in Seenot. Halifax, 23. Jan. Der britische Siebentausendtonnen-Dampfer City of Delhi hat 250 Meilen südlich von Cap Race sein Steuer verloren. Zwei Schleppe sind zur Hilfeleistung abgegangen.

